

mit Schwerpunkt **Innovationen**

Die Zukunft des Finanzierungssystems der Europäischen Union

Die Finanzierung der Europäischen Union soll auch in Zukunft auf der Grundlage von Beiträgen der Mitgliedstaaten erfolgen. Eine eigene EU-Steuer ist abzulehnen. Allerdings sollte der gegenwärtige Britenrabatt durch einen „allgemeinen aber begrenzten Korrekturmechanismus“ ersetzt werden. Dies sind zentrale Ergebnisse einer ZEW-Studie zur Zukunft des Brüsseler Finanzierungssystems, die das ZEW im Januar in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt hat.



Die im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen durchgeführte Studie entwickelt Reformvorschläge für die zukünftige Ausgestaltung der Finanzierung des EU-Haushalts. Ausgangspunkt ist die Bewertung des Status quo. Aktuell wird der Brüsseler Haushalt durch so genannte Eigenmittel finanziert, die de facto den Charakter von Beiträgen der Mitgliedstaaten haben und aus den nationalen Steuereinnahmen finanziert werden müssen. Die Tatsache, dass im gegenwärtigen Beitragssystem die nationalen Haushalte und der EU-Haushalt über das Beitragssystem eng ver-

bunden sind, wird als wichtiger Vorteil identifiziert, da dies starke Anreize für den Rat schafft, die Ausgaben auf EU-Ebene zu begrenzen. Eine Schwäche des Status quo stellt jedoch die Vielzahl an Ausnahmeregelungen und Sonderkonditionen dar.

Immer wieder überschatten außerdem Auseinandersetzungen über die nationale Verteilung der Finanzierungslast eine rationale Budgetpolitik. Im Rahmen der Status quo-Analyse werden dazu Simulationen durchgeführt, die deutlich machen, dass die Ursache des Verteilungsproblems auf der Aus-

gabenseite zu finden ist, während die Einnahmenseite als Puffer dient, um die auf der Ausgabenseite hervorgerufenen Verteilungseffekte teilweise zu kompensieren.

Die Ergebnisse deuten keineswegs darauf hin, dass die Einführung einer EU-Steuer die derzeitigen Probleme beheben würde. Die Berechnungen zeigen insbesondere, dass jedwede EU-Steuer neue starke Umverteilungseffekte zur Folge hätte, was zwangsläufig die Einrichtung neuer Kompensationszahlungen erfordern würde.

Basierend auf der Analyse des Status quo sowie der in der Literatur diskutierten Reformoptionen entwickeln die Autoren einen eigenen Reformvorschlag. Dieser beinhaltet ein vollständiges Auslaufen der Mehrwertsteuer-Eigenmittel, eine vollständige Finanzierung des EU-Haushalts mittels Bruttonationaleinkommen (BNE) Eigenmittel und die Einführung eines allgemeinen, aber begrenzten Korrekturmecha-

IN DIESER AUSGABE

Die Zukunft des Finanzierungssystems der Europäischen Union	1
Kunden müssen mit weiteren Schließungen von Bankfilialen rechnen ...	2
Eportierende Unternehmen haben höhere Arbeitsproduktivität	3
Staatliche Bausparförderung für viele Haushalte wichtiges Sparmotiv	4
ZEW Konferenz	5
ZEW intern	5
Termine, Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

nismus (ABKM). Die grundsätzliche Beibehaltung eines Korrekturmechanismus ist unabdingbar, solange nicht eine substantielle Neustrukturierung der Ausgabenseite gelingt. Ein ABKM hätte viele Vorteile gegenüber dem derzeit auf Großbritannien zugeschnittenen Rabattsystem und gegenüber einem allgemeinen aber unbegrenzten Mechanismus (AKM). Insbesondere erlaubt der ABKM, die Korrektur auf jene Politikfelder zu beschränken, die unter Verteilungsgesichtspunkten besonders problematisch erscheinen. Demgegenüber würden Zahlungen, die zum Beispiel explizit auf eine Begünstigung

armer Länder oder Regionen abzielen, nicht wie im heutigen System des Britenrabatts wieder konterkariert.

EU-Regionen stärker an Finanzierung beteiligen

Abgesehen von diesen Kernelementen einer Reform empfiehlt die ZEW-Studie eine stärkere finanzielle Beteiligung der EU-Regionen an der Finanzierung des EU-Haushalts. Das gegenwärtige System, wonach in Deutschland die EU-Eigenmittelzahlungen aus den Steuereinnahmen des Bundes abzuführen sind, die Rückflüsse aber vor

allem den Bundesländern zu Gute kommen, schafft falsche Anreize, solange letztere auf der Kostenseite nicht beteiligt werden. Zudem wäre es wünschenswert, in Zukunft nominale Maßzahlen in der EU-Haushaltspolitik zu verwenden statt wie bisher die Haushaltsgrößen in Prozent des BNE und realen Euro auszudrücken.

Die Kurzfassung der Studie kann im Internet heruntergeladen werden: ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW_Eigenmittel_Studie_Kurzfassung.pdf

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

Kunden müssen mit weiteren Schließungen von Bankfilialen rechnen

Die Konsolidierung im deutschen Bankensektor wird weitergehen. Vor allem die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken werden in den kommenden Jahren weitere Bankfilialen schließen. Ausländische Privatbanken werden hingegen verstärkt in den Aufbau neuer Filialen investieren. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des ZEW unter 277 Finanzmarktexperten.

Der anhaltende Konsolidierungsprozess und die zunehmende Bedeutung alternativer Vertriebskanäle wie etwa Online- oder Mobile-Banking sowie Makler haben seit Anfang der 1990er Jahre zu Filialschließungen im deutschen Kreditgewerbe geführt. Dieser Prozess wird sich in den kommenden fünf Jahren fortsetzen. So erwarten knapp 70 Prozent der Experten, dass die Anzahl der Filialen weiter zurückgehen wird. Fast 13 Prozent rechnen sogar mit einer starken Zunahme der Filialschließungen.

Die Experten erwarten, dass die einzelnen Bankengruppen unterschiedlich

stark von den Filialschließungen betroffen sein werden. Nach ihrer Einschätzung werden vor allem die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen weitere Filialen schließen. Dementsprechend gehen lediglich etwa 25 Prozent der Experten davon aus, dass die Anzahl der Sparkassenfilialen in den kommenden fünf Jahren gleich bleiben wird. Bei den Genossenschaftsbanken beträgt dieser Anteil sogar nur 20 Prozent. Da der Konsolidierungsprozess innerhalb der Gruppe der inländischen Privatbanken zunehmend an seine Grenzen stößt, ist der Anteil der Experten, die davon ausgehen, dass die Anzahl der Filialen der inländischen Privatbanken in den nächsten fünf Jahren stabil bleibt, deutlich höher und liegt bei knapp 45 Prozent. 10 Prozent gehen sogar davon aus, dass die inländischen Privatbanken ihr Filialnetz in den kommenden fünf Jahren wieder ausdehnen werden.

Ausländische Kreditinstitute haben ihr Filialnetz hierzulande zuletzt ausgeweitet. Diese Entwicklung wird in den

kommenden fünf Jahren anhalten. Die Experten rechnen mehrheitlich damit, dass die Anzahl der Filialen ausländischer Privatbanken in Deutschland weiter zunehmen wird.

Bankfiliale weiterhin wichtiger Vertriebskanal

Trotz der insgesamt rückläufigen Anzahl der Bankfilialen sind die Experten mehrheitlich der Ansicht, dass die Filiale zukünftig ihre Bedeutung als Vertriebskanal nicht verlieren wird. Nach ihrer Einschätzung werden in fünf Jahren noch durchschnittlich mehr als 40 Prozent aller Retail-Banking-Produkte über Filialen vertrieben. Das Online-Banking kommt im Durchschnitt auf einen Marktanteil von lediglich rund 30 Prozent. Nach Ansicht einer Mehrheit der Experten werden deutlich geringere Anteile von weniger als 10 Prozent auf das Mobile-Banking, den Vertrieb über Makler, mobile Mitarbeiter oder andere Vertriebskanäle entfallen.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Exportierende Unternehmen haben höhere Arbeitsproduktivität

Exportierende Unternehmen weisen eine höhere Arbeitsproduktivität auf als nicht-exportierende Unternehmen. Wie ein internationaler Vergleich unter Beteiligung des ZEW zeigt, unterscheiden sich jedoch die einzelnen Länder erheblich in Bezug auf die durchschnittliche Differenz der Arbeitsproduktivität zwischen Exporteuren und Unternehmen, die ihre Produkte nur im Inland verkaufen.

Internationaler Handel führt zu Wohlfahrtsgewinnen in den am Handel beteiligten Volkswirtschaften. Daher ist zu erwarten, dass sich makroökonomische Wohlfahrtsgewinne auch auf Unternehmensebene widerspiegeln. Diese Überlegung war vor etwa zehn Jahren der Ausgangspunkt für zahlreiche Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen der Performance von Unternehmen, in der Regel gemessen durch die Arbeitsproduktivität der Unternehmen, und deren Exportaktivitäten.

Zwei alternative Hypothesen werden dabei diskutiert: Die erste Hypothese verweist auf Lerneffekte infolge der Exporttätigkeit. Wissensflüsse von internationalen Käufern oder Wettbewerbern helfen dem heimischen Unternehmen, seine Produktivität zu erhöhen. Die zweite Hypothese besagt, dass nur die produktiveren Unternehmen exportieren können. Der Grund dafür liegt in den zusätzlichen Kosten des Exportgeschäfts wie Kosten für Transport, Marketing oder Produktpassung.

Empirische Studien für verschiedene Länder haben eindeutig gezeigt, dass die exportierenden Unternehmen des jeweiligen Landes eine höhere Arbeitsproduktivität haben als Unternehmen, die ihre Produkte nicht exportieren. Die Studien ließen erkennen, dass hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Exporttätigkeit und Arbeitsproduktivität große Unterschiede zwischen einzelnen Ländern bestehen. Diese Unterschiede untersuchten Forscherteams aus 14 Ländern in einem internationalen Vergleich des Zusammenhangs zwischen Exportverhalten und Produktivität (ZEW Discussion Paper

No. 07-069). Die meisten der betrachteten Länder gehören zur Europäischen Union, daneben waren mit Kolumbien, Chile und China drei Schwellenländer in die Untersuchung einbezogen. Untersucht wurden Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 20 Beschäftigten.

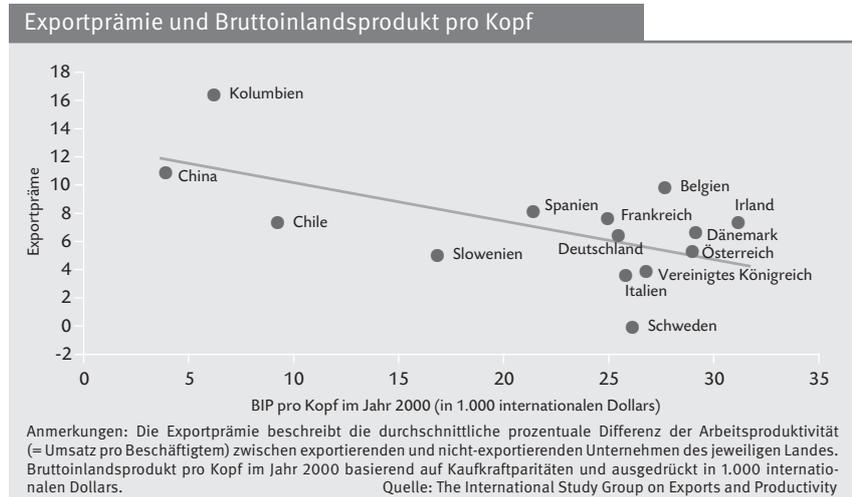
Unterschiedliche Exportprämien

In einem ersten Schritt wurde für alle Länder die Exportprämie geschätzt. Sie beschreibt die durchschnittliche prozentuale Differenz der Arbeitspro-

teure sind produktiver als Unternehmen, die ihre Produkte nur im Inland verkaufen.

Die Höhe der Exportprämie ist unabhängig vom Grad der wirtschaftlichen Entwicklung, gemessen als Pro-Kopf-Einkommen (siehe Abbildung). Die dargestellte Trendlinie hat zwar eine negative Steigung. Wenn man jedoch Schweden, wo die Exportprämie nicht signifikant ist, und Kolumbien als das Land mit der mit Abstand höchsten Exportprämie vernachlässigt, so ist kein negativer Zusammenhang zwischen Exportprämie und Pro-Kopf-Einkommen zu erkennen. Eine multivariate Analyse bestätigt, dass das Pro-Kopf-Einkommen keinen Einfluss auf die Höhe der Exportprämie hat.

Bei der Frage, ob die Exporttätigkeit Ursache oder Wirkung der höheren



duktivität, gemessen als Umsatz pro Beschäftigtem, zwischen exportierenden und nicht-exportierenden Unternehmen. Selbst bei Verwendung eines identisch spezifizierten Modells unterscheiden sich die Exportprämien von Land zu Land deutlich. Mit Ausnahme von Schweden ist die Exportprämie in allen untersuchten Ländern positiv und statistisch signifikant, das heißt Expor-

Arbeitsproduktivität der Unternehmen ist, ergibt sich ein eindeutiges Bild. Unternehmen steigern ihre Produktivität, bevor sie in den internationalen Markt eintreten. Für die alternative Hypothese, dass das Exportgeschäft die Arbeitsproduktivität der Unternehmen über Lerneffekte steigert, lässt sich außer für Italien keine Evidenz finden.

Helmut Fryges, fryges@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Staatliche Bausparförderung für viele Haushalte wichtiges Sparmotiv

Die Förderung des Bausparens mit staatlichen Wohnungsbauprämien ist für rund drei Viertel aller geförderten Bausparer ein wichtiger Grund für den Abschluss eines Bausparvertrags. Das geförderte Bausparen verdrängt andere Sparformen bei der Vermögensbildung nicht. Die Auszahlungen aus Bausparverträgen verwendet die Mehrheit der Bausparer für wohnungswirtschaftliche Zwecke. Dies sind die zentralen Ergebnisse einer ZEW-Studie, der eine repräsentative Befragung von 1.600 Kunden der vier baden-württembergischen Bausparkassen sowie Daten des Statistischen Bundesamts zum Sparverhalten der deutschen Haushalte zugrunde liegen.

Verwendung von ausgezahlten Bausparmitteln				
Verwendung	Insgesamt	mit WoP	ohne WoP	mit WoP ges. Sparzeit
Wohnungswirtschaftliche Zwecke (Anteil Befragte)	70%	74%	67%	81%
Summe Nennungen*	80%	86%	74%	92%
Modernisierung/Renovierung	43%	44%	41%	52%
An- und Umbaumaßnahmen	13%	14%	11%	13%
Bau oder Kauf eines Hauses	10%	12%	9%	14%
Ablösung/Umschuldung anderer Wohnungsbaukredite	10%	11%	9%	11%
Kauf einer Wohnung	3%	3%	3%	1%
Kauf eines unbeb. Grundstücks	1%	2%	1%	1%
Nicht-wohnungswirtschaftliche Zwecke (Anteil Befragte)	29%	25%	33%	21%
darunter: Umschichtung in andere Anlageformen	5%	5%	5%	4%

*Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Forsa-Umfrage unter 1.600 Bausparkunden, ZEW-Berechnung. Gewichtete Daten.

Analysen zur Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen am Bausparen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamts ergeben, dass Bausparen in breiten Bevölkerungsschichten stattfindet und dass insbesondere Familien Bausparverträge abschließen. Bei jungen Haushalten unter 25 Jahren ist Bausparen neben Spareinlagen bei Banken die am stärksten verbreitete Sparform. Bausparer in den unteren Einkommensklassen und in den unteren Altersgruppen verfügen über ein deutlich höheres Vermögen als Nicht-Bausparer. Auch die mittleren Sparquoten von Bausparern sind über beinahe alle Einkommensgruppen und über alle Altersklassen deutlich höher als die der Nicht-Bausparer.

Diese Unterschiede bei Sparquote und Vermögen lassen sich zum Teil damit erklären, dass Haushalte mit höherer Sparneigung häufiger Bausparverträge abschließen. Ebenso dürften die typischen Charakteristika von Bausparverträgen das Sparverhalten positiv beeinflussen. Die hohe Flexibilität von Bausparverträgen, insbesondere ihre Verwendungsvielfalt, erleichtert die Entscheidung zum Vertragsabschluss. In die gleiche Richtung wirken der hohe Bekanntheitsgrad des Instruments und die Signalwirkung der staatlichen Förderung.

Ökonometrische Analysen des ZEW auf der Basis der EVS ergeben, dass Haushalte, die 10 Euro pro Jahr mehr an Wohnungsbauprämie erhalten, rund 134 Euro pro Jahr mehr in Bausparver-

träge einzahlen. Umschichtungen zwischen verschiedenen Sparformen finden dabei kaum statt: Auch die Gesamtspareinsparnis steigt um 112 Euro. Berücksichtigt man die statistische Unsicherheit, so liegt der Effekt auf die Gesamtspareinsparnis mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit in einem Intervall zwischen rund 82 Euro und 142 Euro pro Jahr. Um Ursache-Wirkungsbeziehungen zwischen Förderung und Sparen zu untersuchen, wurde eine zusätzliche repräsentative Umfrage unter 1.600 Bausparkunden durchgeführt. Danach ist für rund drei Viertel der Bausparkunden, die Förderung erhalten haben, die Wohnungsbauprämie wichtig oder sehr wichtig für den Abschluss eines Bausparvertrags gewesen. Diese Angaben variieren nur geringfügig über ein breites Einkommensintervall.

Verwendung für wohnungsbezogene Zwecke

Im Durchschnitt geben rund 70 Prozent der befragten Bausparer an, ihre Bauspareinlagen ganz oder teilweise für wohnungsbezogene Zwecke zu verwenden (siehe Tabelle). Bei Empfängern von Wohnungsbauprämien liegt im Durchschnitt der Anteil wohnungswirtschaftlicher Verwendungen bei 74 Prozent, bei Nicht-Empfängern dagegen bei einem geringeren Anteil von 67 Prozent. Wohnungsbauprämienempfänger, die die gesamte Sparzeit über Prämie erhalten haben, geben zu mehr als 80 Prozent wohnungswirtschaftliche Verwendungen an. Auch unter den nicht-wohnungswirtschaftlichen Verwendungen finden sich nicht allein konsumtive Verwendungen, sondern bei rund fünf Prozent der Befragten auch die Verwendung „Umschichtung in andere Anlageformen“.

Waldemar Rotfuß, rotfuss@zew.de
Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

ZEW KONFERENZ

Workshop zum Thema Wettbewerb in Transportmärkten

Ende November 2007 fand am ZEW ein Workshop zum Thema „Wettbewerb in Transportmärkten“ statt. 45 Wissenschaftler und Fachleute aus der Praxis waren dem Ruf nach Mannheim zu einer Diskussion aktueller Themen und Trends in Wettbewerb und Regulierung von Transportmärkten gefolgt. Ein Schwerpunkt lag auf Problemen des Wettbewerbs in Luftverkehrsmärkten. Hauptredner waren Kenneth Button (George Mason University, Fairfax), David Gillen (University of British Columbia, Vancouver) und Peter Forsyth (Monash University, Melbourne).

Wettbewerb in der Containerschifffahrt und im Luftverkehr

Kenneth Button betrachtete die internationale Containerschifffahrt und stellte für diese Industrie zahlreiche Parallelen zu anderen Verkehrsträgern fest wie beispielsweise das Vorliegen von Netzwerken, die Existenz von Kundenbindungsprogrammen oder die Anwendung umfangreicher Preisdifferenzierungsstrategien im Rahmen des Ertragsmanagements. Eine umfassende Diskussion dieser Gemeinsamkeiten wie auch von Besonderheiten der Industrie mündete in die Politikempfehlung, die vertikale Wertschöpfungskette genauer zu betrachten, um den Wettbewerb in der Containerschifffahrt besser verstehen und treffender analysieren zu können.

David Gillen stellte die wettbewerbspolitischen Implikationen der Preisdiskriminierungsstrategien von Luftverkehrsgesellschaften dar. Seine Analyse kam zu dem Schluss, dass Fusionen oder Allianzen zwischen unabhängig voneinander agierenden Luftverkehrsgesellschaften Preissteigerungen erwarten lassen und somit einer genaueren wettbewerbspolitischen Untersuchung bedürfen. Preisdiskriminie-

rungsstrategien haben allerdings das Potenzial, die durch Marktmacht verursachten Ineffizienzen abzuschwächen, und können demnach wohlfahrtsfördernd wirken.

Peter Forsyth untersuchte die volkswirtschaftlichen Kosten und Nutzen einer weiteren Liberalisierung des internationalen Luftverkehrs. Er konzentrierte sich auf die so genannte 7. Freiheit der Luft, gemäß derer es einer Fluggesellschaft aus Land C möglich ist, Luftverkehrsdienstleistungen zwischen Land A und Land B anzubieten. Anhand eines Fallbeispiels kam er zu dem Schluss, dass die Kunden im Regelfall von einer solchen weiteren Liberalisierung profitieren würden, und zwar in Form von niedrigeren Preisen, hervorgerufen durch intensiveren Wettbewerb. Im Umkehrschluss würden allerdings die Gewinne der Fluggesellschaften zurückgehen und der Rationalisierungsdruck auf ineffiziente Fluggesellschaften steigen. Insgesamt geht Forsyth aber davon aus, dass die Gesamtwohlfahrtswirkungen einer weiteren Liberalisierung positiv sind.

Neben den Hauptrednern trugen weitere Teilnehmer des Workshops Er-

gebnisse ihrer aktuellen Forschungsprojekte vor. So präsentierte beispielsweise Bernhard Wieland von der Technischen Universität Dresden ein Papier, in dem er Wege zu einer positiven Theorie der Bepreisung von Infrastrukturnutzung aufzeigte. In einem anderen Vortrag erläuterte Steve Brown von der Competition Commission in Großbritannien, wie im Rahmen eines Wettbewerbsfalls die Preissensitivität der Konsumenten für Busreisen in Schottland abgeschätzt wurde. Der Chefökonom des britischen Department for Transport, David Thompson, referierte zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Flughäfen in Großbritannien und ging dabei insbesondere auf das Zusammenspiel zwischen Wettbewerb, Regulierung und Innovationsanreizen ein. Eine juristische Perspektive der Bedeutung des Wettbewerbsrechts für den Wettbewerb auf Transportmärkten lieferte Peter Lewisch von der Universität Wien. Er setzte in seinem Vortrag Schwerpunkte auf den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, die sektorspezifische Regulierung und staatliche Beihilfen.

Kai Hüsichelrath, hueschelrath@zew.de

ZEW INTERN

Auszeichnung für Gunnar Lang

Gunnar Lang, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Finanzmärkte, ist für seine Arbeit „Reverse Mortgage als Alterssicherungsinstrument in Deutschland“ (ZEW Wirtschaftsanalysen Bd. 86) mit dem Werner-Lehmann-Preis 2007 ausgezeichnet worden. Mit diesem alle zwei Jahre verliehenen Förderpreis des Verbandes der Privaten Bausparkassen werden wissenschaftliche Arbeiten gewürdigt, die sich mit „Wohnen und Finanzieren“ befassen.



Gunnar Lang

Foto: ZEW

EXPERTENSEMINARE

- 31.3.-2.4.2008 Recursive Methods and Simulations in Macroeconomics
 4.4.2008 Befragungen kompetent gestalten und durchführen
 7.4.2008 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm:
 Finanzmarkt-Ökonometrie I: Vektor-Autoregressive Modelle
 (findet in Zürich statt)
 8.4.2008 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm:
 Finanzmarkt-Ökonometrie II: Nicht-stationäre Zeitreihen
 und Kointegration (findet in Zürich statt)
 9.4.2008 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm:
 Finanzmarkt-Ökonometrie III: Erstellung von Prognosemodellen
 (findet in Zürich statt)
 10.4.2008 Unternehmensbewertung – Methoden und Anwendung
 11.4.2008 Nachhaltige Kapitalanlagen für Stiftungen: Aktuelle
 Entwicklungen und Bewertungen (findet in Osnabrück statt)
 14.4.2008 Realoptionen – Eine sinnvolle Bewertungsmethode
 im Energiebereich?
 16.-17.4.2008 Mitarbeiterinsatz im Ausland – Arbeits-, sozialversicherungs-
 und steuerrechtliche Chancen, Risiken und Gefahren
 28.-30.4.2008 Betriebswirtschaftliches Handeln – Unternehmenssimulation
 zu betriebswirtschaftlichen Grundlagen

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

- No. 08-003, Wojtek Piaskowski, Jakub Kaczmarczyk: Hybridkapital. Eine Marktübersicht.
 No. 08-004, Tim Mennel, Bodo Sturm: Energieeffizienz – eine neue Aufgabe für staatliche Regulierung?
 No. 08-005, Hanna L. Binz, Dirk Czarnitzki: Financial Constraints: Routine Versus Cutting Edge R&D Investments.
 No. 08-006, Marcus Clauss, Reinhold Schnabel: Distributional and Behavioural Effects of the German Labour Market Reform.
 No. 08-007, Atilim Seymen: A Comparative Study on the Role of Stochastic Trends in U.S. Macroeconomic Fluctuations, 1954-1988.
 No. 08-008, Hanna L. Binz, Dirk Czarnitzki: Are Local Milieus the Key to Innovation Performance?
 No. 08-009, Matthias Köhler: Transparency of Regulation and Cross-Border Bank Mergers.

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Christina Elschner

Die Steuer- und Abgabenbelastung von grenzüberschreitenden Personalentsendungen

Grenzüberschreitende Personalentsendungen haben sich von der Ausnahme zur Regel gewandelt. Für international tätige Unternehmen sind sie sowohl bei der Erschließung neuer Märkte im Ausland als auch im Rahmen von Kontroll- und Managementtätigkeiten sowie beim konzerninternen Wissenstransfer von zentraler Bedeutung. Angesichts der wachsenden Zahl der Entsendungen spielt die Minimierung der Steuer- und Abgabenbelastung eine große Rolle, da diese in der Regel von den Unternehmen über Gehaltsvereinbarungen getragen werden.

Vor diesem Hintergrund befasst sich die Arbeit mit der Quantifizierung der Steuer- und Abgabenbelastung von grenzüberschreitenden Personalentsendungen. Nach einem umfassenden internationalen Überblick über die relevanten steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Regelwerke in Eu-

ropa und den Vereinigten Staaten wird ein Simulationsmodell zur Messung der Entsendungskosten sowie des Einflusses von Steuern und Abgaben im Rahmen von Entsendungen entwickelt und an einem internationalen Steuerbelastungsvergleich veranschaulicht.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 85, Nomos-Verlag, Baden-Baden, ISBN 978-3-8329-3244-2

Gunnar Lang

Reverse Mortgage als Alterssicherungsinstrument in Deutschland

Reverse Mortgages sind Hypothekenkredite, die es selbst nutzenden Wohneigentümern ermöglichen, während der Vertragslaufzeit Eigentümer und Bewohner zu bleiben und dennoch aus ihrem Wohneigentum ein monatliches Einkommen zur Liquiditätserhöhung im Alter zu erwirtschaften. Im Gegensatz zu einem klassischen Hypothekenkredit werden bei Reverse Mortgages sämtliche Zins- und Tilgungsleistun-

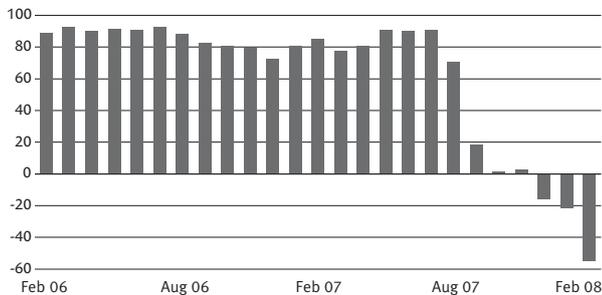
gen gestundet und erst zum Vertragsende ausschließlich aus dem Wert der Immobilie beglichen. Reverse Mortgages haben ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten und gewinnen dort zunehmend an Bedeutung. Aber auch in anderen Ländern entwickelt sich allmählich ein Markt.

Trotz des hohen Anteils illiquiden Immobilienvermögens am Gesamtvermögen privater Haushalte in Deutschland gibt es hierzulande noch kein vergleichbares Angebot. Insbesondere die demographische Entwicklung und die steigende Bedeutung der privaten Altersvorsorge lassen ein Potenzial für dieses Produkt auch in Deutschland vermuten. Vor diesem Hintergrund befasst sich die vorliegende Arbeit mit den Eigenschaften von Reverse Mortgage, bisherigen Erfahrungen auf bestehenden Märkten und potenziellen Akzeptanzschwierigkeiten einer Implementierung in Deutschland.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 86, Nomos-Verlag, Baden-Baden, ISBN 978-3-8329-3290-9

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Februar 2008

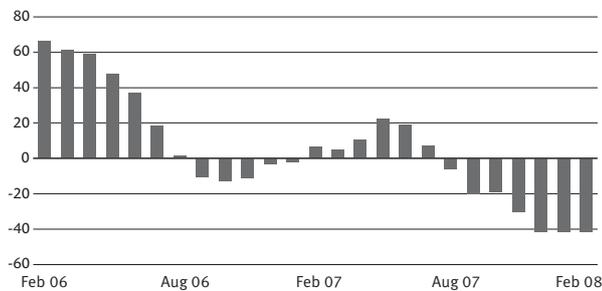


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Experten mehrheitlich für Zinssenkungen

In der aktuellen Umfrage hat sich die Mehrheit der Analysten auf Zinssenkungen der EZB eingestellt. Der entsprechende Indikator sinkt um 33,7 auf -55,2 Punkte. Bislang beließ die EZB den Leitzins bei vier Prozent. In ihrer Rhetorik berücksichtigte sie stets die Inflationsrisiken und betonte, dass sie gegebenenfalls „präventiv“ handeln würde. Diese Wendung fehlte bei der jüngsten Zinsentscheidung. Zudem deutete der geldpolitische Rat der EZB an, dass das Wirtschaftswachstum 2008 unterhalb der Potenzialwachstumsrate liegen würde.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Konjunkturerwartungen stabilisiert

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im Februar mit einem leichten Plus von 0,3 Punkten bei -41,4 Punkten stabilisiert. Allerdings hat sich die Einschätzung zur aktuellen konjunkturellen Lage deutlich verschlechtert. Dennoch ist die Stabilisierung der Erwartungen ein beruhigendes Signal, das darauf hindeutet, dass die aktuelle Krise keine konjunkturelle Abwärtsspirale auslösen wird. Die Experten hoffen insbesondere auf positive Impulse durch eine expansivere Geldpolitik in den wichtigen Industrieländern.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Erwartungen zur Mengenentwicklung im Güterverkehr trüben sich ein

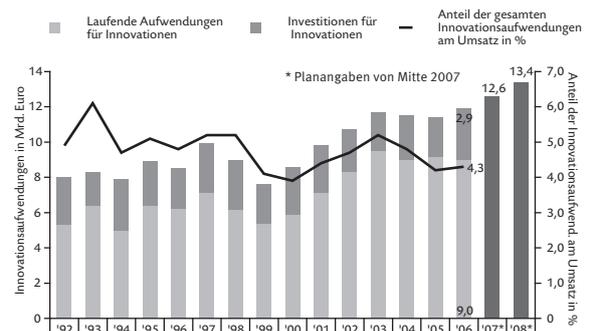
Veränderung des Saldos (steigende – sinkende Erwartungen) im Vergleich zum Vorquartal in Prozentpunkten						
Marktsegment	National	West-europa	Ost-europa	Europa	Nord-Amerika	Asien/Pazifik
Straßenverkehr	-16,0	-20,3	-6,4	—	—	—
Schienerverkehr	+9,0	+20,2	+14,1	—	—	—
Binnenschifffahrt	-14,3	-9,5	-1,2	—	—	—
Kombinierter Verkehr (KV)	+16,3	+9,4	+6,7	—	—	—
Kurier, Express- und Paketdienst	-12,5	-12,2	-7,6	—	—	—
Luftfracht	—	—	—	-8,0	-16,2	-3,5
Seefracht	—	—	—	-23,6	-21,7	-13,3

Quelle: ZEW

Die Unsicherheit über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung trübt auch die Erwartungen im Transportgewerbe. Die Experten des TransportmarktBarometer von ProgTrans/ZEW erwarten für nahezu alle Märkte weniger optimistische Entwicklungen als noch im vierten Quartal 2007. Die Anzahl derer, die mit steigenden Aufkommen rechnen, ist zwar immer noch größer als die derer, die sinkende Mengen prognostizieren. Der Saldo sinkt teilweise jedoch erheblich. Nur der schienengebundene Verkehr, den die Experten im Vorquartal aufgrund des Streiks zurückhaltend einschätzten, hat per Saldo leicht zugelegt.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Chemieindustrie: Innovationsaufwendungen steigen 2007 und 2008



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die deutsche Chemieindustrie hat für das Jahr 2007 deutlich höhere Innovationsaufwendungen als im Jahr 2006 veranschlagt. Die Mitte des Jahres 2007 erhobenen Planzahlen sehen eine Zunahme um 7 Prozent auf 12,6 Milliarden Euro vor. Für das Jahr 2008 ist ein weiterer Anstieg um 6 Prozent auf 13,4 Milliarden Euro geplant. Die Ist-Zahlen für das Jahr 2006 weisen Innovationsaufwendungen von gut 11,8 Milliarden Euro aus, das sind 4,3 Prozent des Branchenumsatzes. Die gute Konjunktursituation im Jahr 2006 beflügelte vor allem die Sachinvestitionen für neue Produkte und Prozesse.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Gutmenschen

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Bevormundung der Bevölkerung durch Gutmenschen, also solchen Weltverbessern, die eine unerschütterliche Berufung in sich verspüren, ihre Sicht der Dinge Andersden-

kenden aufzuzwingen, koste es, was es wolle. Leider ist es nicht damit getan, diesen Zeitgenossen einfach aus dem Weg zu gehen, denn nur allzu häufig gelingt es ihnen, Gutgläubige vor ihren Karren zu spannen.

Möglicherweise sind die folgenden Ausführungen politisch nicht immer ganz korrekt. Daher die Warnung: „Achtung! Weiterlesen kann Ihr Sendungsbewusstsein gefährden!“

Ein beliebter Tummelplatz für die Gutmenschen ist das Soziale, und als bevorzugtes Angriffsziel dienen die Reformen dieser und der vorangegangenen Bundesregierung. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds wurde für ältere Arbeitnehmer bereits erhöht. Dass die Arbeitslosenversicherung aber gerade keine Ansparversicherung ist und außerdem Fehlanreize im Hinblick auf Frühverrentungsprogramme geschaffen werden – egal! Das Arbeitslosengeld II muss nach Ansicht der Gutmenschen wesentlich höher bemessen werden. Dass wir dann wieder wie früher die Arbeitsaufnahme bestrafen und das Nichtstun belohnen – egal! Mindestlöhne seien erforderlich, da niemand von drei Euro die Stunde leben könne. Dass in Deutschland wegen einer Mindesteinkommenssicherung niemand davon leben muss und Mindestlöhne die Arbeitsplatzchancen gerade der Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt aufs Spiel setzen – egal! Und so geht es weiter: egal, egal, egal!

Das Motto „Verteilungsgerechtigkeit“ eignet sich für Attacken der Gutmenschen auf die Marktwirtschaft. Offenbar steht Deutschland am Rand der Armutsschwelle. „Belegt“ wird das mit dem statistischen Messkonzept einer relativen Armut, nach dem jemand als arm bezeichnet wird, wenn ihm weniger als zwei Drittel des Durchschnittseinkommens zur Verfügung stehen. Keinen Armutsfunktionär interessiert,

dass der Anteil der so definierten Armen selbst dann gleich bleibt, wenn sich alle Einkommen verdoppeln. Solche lästigen Einlassungen stören nur bei der Umsetzung der Umverteilungsideologie.

Ein besonders lohnendes Betätigungsfeld finden die Gutmenschen beim Umweltschutz. Hier winken die höchsten Weihen in Form des Friedensnobelpreises. Unerheblich, dass der letztjährige Träger in seiner Zeit als Vizepräsident der Vereinigten Staaten nicht durch außerordentliches Engagement für die Umwelt aufgefallen war, als es dort beispielsweise um die Ratifizierung des Kioto-Protokolls ging. Die Zeiten haben sich ohnehin geändert. Vor rund dreißig Jahren stand uns angeblich die Eiszeit bevor, jetzt ist es die globale Erwärmung. Vorsichtige Fragen setzen sofort eine Entrüstungsrhetorik in Gang. „Klimaleugner“ gilt noch als harmlose Version einer Abstrafung. Mit Eisbär Knut als „Botschafter für den Klimaschutz“ werden ehrgeizige, wenngleich ökonomisch riskante Ziele für die CO₂-Reduktion proklamiert und durchgeführt. Deutschland nimmt eine Vorbildfunktion wahr. Dann haben die Gutmenschen das gute Gewissen und andere Länder die Arbeitsplätze, denn durchgreifende Sanktionen bei Verfehlungen der CO₂-Reduktionsziele soll es wohl nicht geben. Umweltpolitische Fragwürdigkeiten sind mittlerweile Legion. Kernkraftwerke: nein, Kohlekraftwerke: nein, Bio-Energie: ja. Worauf dann erneut Regenwälder abgeholzt werden. Aktuell läuft die Feinstaub-Nummer, verschiedene Städte rüsten bereits mit Verbotszonen, Plaketten etc. auf. Von einer wissenschaftlich fundierten Kosten-Nutzen-Analyse ist weit und breit nichts zu lesen.

Am Pranger stehen erst recht die Raucher. Die Hetzjagden erinnern fatal an die Zeiten der Prohibition in den Vereinigten Staaten in den 1920er Jahren. Sie hat der Mafia dort immensen Auftrieb gegeben, ein ganzes Filmgenre lebt davon. Aber die Gutmenschen sollten wachsam sein. Die Prohibition wurde nach rund zehn Jahren vor allem aus fiskalischen Gründen abgeschafft.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008